

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **RM. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Rechenschaftsbericht der Generalkommission für das Jahr 1907 nebst Rassenbericht	161	Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats	178
Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1907	170	Wirtschaftliche Rundschau	174
		Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	175
		Lohnbewegungen. Tarif- und Lohnbewegungen	176

Rechenschaftsbericht der Generalkommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 1907.

Allgemeines.

In dem letzten Rechenschaftsbericht wurde als wichtigstes Vorkommnis in der Berichtsperiode die Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine bezeichnet. Im verflossenen Jahr haben die verbündeten Regierungen dem Reichstage ein gleichfalls für die gewerkschaftlichen Organisationen äußerst wichtiges Gesetz, den Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz vorgelegt, der zurzeit noch zur Beratung in der Vereinsgesetzkommission sich befindet. Ueber den Ausgang dieser Beratung und das Schicksal, welches der Entwurf bei der späteren Entscheidung im Plenum des Reichstages haben wird, läßt sich Bestimmtes noch nicht sagen.

Während jedoch der Gesetzesentwurf betreffend die Berufsvereine geeignet war, die größte Beunruhigung der Gewerkschaften herbeizuführen, weil er in der vorgelegten Form die Gewerkschaften eventuell zu einer Aenderung ihrer Organisationsform genötigt hätte, wird das vorgeschlagene Vereinsgesetz nicht von tief einschneidender Bedeutung sein. In der vorliegenden Fassung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterklasse nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterschaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Entwurfs Protest erhob und hiervon dem Reichstage Mitteilung machte.

Man hätte erwarten können, daß, nachdem die verbündeten Regierungen 37 Jahre mit der Ausführung der Verfassungsbestimmung, nach der das Vereins- und Versammlungswesen durch das Reich gesetzlich zu regeln ist, gezögert haben, die freiesten gesetzlichen Bestimmungen, die in einem Bundesstaate in Deutschland vorhanden sind, als Grundlage für ein Reichsgesetz dienen würden. Diese Erwartung ist mit der Gesetzesvorlage nicht erfüllt, sondern es ist in ihr der Versuch gemacht, die Vereine und Versammlungen nach preussischem Verwaltungs-

muster der Polizeiaufsicht zu unterstellen, soweit dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die weit über den engen Rahmen der aus der Reaktionsperiode stammenden Vereinsgesetze hinausgewachsen sind, nur immer möglich ist. Gegenüber den Gesetzen, die nördlich der Mainlinie gelten, bedeutet das vorgeschlagene Gesetz im allgemeinen einen Fortschritt, abgesehen davon, daß wir endlich in Deutschland zu einer Einheitlichkeit des Rechtes auf diesem Gebiet mit einem Reichsvereinsgesetz kommen würden.

Da das Gesetz neben einigen Bestimmungen, die eine Verschlechterung selbst des preussischen Gesetzes bedeuten, nicht unerhebliche Verbesserungen für viele Bundesstaaten bringen würde, so sah die Generalkommission davon ab, eine ähnliche Agitation einzuleiten, wie sie gegen das Berufsvereinsgesetz notwendig war. Es wurde den Gewerkschaftskartellen empfohlen, in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten der sozialdemokratischen Partei, allgemeine Arbeiterversammlungen zwecks Stellungnahme zu dem Gesetz einzuberufen. Das erforderliche Material wurde den Gewerkschaftskartellen seitens der Generalkommission zur Verfügung gestellt.

Um die reaktionären Paragraphen des Gesetzesentwurfes bei der Beratung im Reichstage wirksam bekämpfen zu können, wurden die Gewerkschaftskartelle ersucht, über die Polizeipragis gegenüber den gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen an die Generalkommission zu berichten. Ob das in dieser Weise zusammengebrachte Material zwecks Veröffentlichung bearbeitet werden wird, hängt von dem Schicksal des Vereinsgesetzentwurfes ab. Wird dieser mit den Verbesserungen, die von der Kommission an ihm vollzogen sind, angenommen, so dürfte sich die Veröffentlichung des genannten Materials erübrigen. Fällt das Gesetz bei der Entscheidung im Reichstage, oder wird es von der Regierung in der vom Reichstage beschlossenen Fassung abgelehnt, so wird die Bearbeitung erforderlich sein, weil dann mit erhöhter Energie der Kampf gegen

andere Organisationen erlassen, als gegen die Gewerkschaften, die es nun trifft. Bei Erlaß desselben wurde beabsichtigt, Vereinigungen von Großkapitalisten, den Trusts, Beschränkungen des Handels und Verkehrs unmöglich zu machen. Die Entscheidung ist endgültig, es kann keine Berufung dagegen eingelegt werden. Was ihr folgen wird, ist unabsehbar. — Den Anlaß zu der Entscheidung gab eine Klage der Hutfabrikanten Loewe u. Co. gegen den Verband der Hutmacher Nordamerikas und den Amerikanischen Arbeiterbund.

Das Oberste Bundesgericht hat außerdem zwei Arbeiterschutzesetze verfassungswidrig erklärt: Das Bundeshaftpflichtgesetz vom Jahre 1906, das nur auf den Eisenbahnbetrieb Anwendung hatte und den Grundsatz des gemeinen Rechts aufhob, wonach die Haftpflicht der Unternehmer nicht besteht, wenn ein Unfall durch Verschulden eines Mitarbeiters oder eigenes Verschulden herbeigeführt wurde. Mit dem Erlaß des Bundeshaftpflichtgesetzes soll — nach der Gerichtsentscheidung — das Bundesparlament in die Kompetenz der Einzelstaatsparlamente übergreifen haben. Ein Entwurf eines neuen Haftpflichtgesetzes für Eisenbahnen, die im zwischenstaatlichen Verkehr tätig sind, wurde sofort nach dem Bekanntwerden der Entscheidung im Senat eingebracht. — Die andere verfassungswidrig erklärte Gesetzesbestimmung ist der § 10 des Gesetzes über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten im zwischenstaatlichen Verkehr. Dieser Paragraph verbot den Eisenbahngesellschaften, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen zu entlassen. Das Oberste Bundesgericht erklärte, das sei eine Verletzung der Vertragsfreiheit, die in der Verfassung garantiert ist. Als die Verfassung zustande kam, 1787, waren aber die wirtschaftlichen Zustände in den Vereinigten Staaten ganz andere als heute und kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß heute der Arbeiter nur den geringsten Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages ausüben kann, wenn er es nicht kraft seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft vermag. J.

Mitteilungen.

Neudruck der Jahrgänge 1891—1899 des „Correspondenz-Blattes“.

Den Organisationsleitern und den Bestellern der neu herauszugehenden Jahrgänge 1891—1899 des „Correspondenz-Blattes“ teilen wir hierdurch mit, daß der Neudruck nunmehr in Auftrag gegeben ist. Die Herstellung dürfte sich indes bis zum 3. Quartal dieses Jahres hinziehen, so daß die Bestellungen erst im Laufe des Herbstes erledigt werden können.

Da seither vom „Correspondenzblatt“ gebundene Jahrgänge nicht geliefert wurden, vielmehr alle Bezahler desselben sich das Blatt selbst binden ließen, so sehen wir auch bei der Neuherausgabe der vergriffenen Jahrgänge davon ab, Einbände anfertigen zu lassen. Die Jahrgänge sind also nur ungebunden zu beziehen.

Gleichzeitig teilen wir auf häufig wiederholte Anfragen mit, daß auch von den seit 1900 erschienenen Jahrgängen des „Correspondenzblattes“ kein einziges komplettes Exemplar mehr abgegeben werden kann.

Die Generalkommission.

Quittung

über die im Monat Februar 1908 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Buchdrucker f. 4. Qu. 06, 1., 2., 3. 07	6937,—	Mt.
„ „ Porzellanarbeiter für 3. Qu. 07	588,16	„
„ „ Kupferschmiede für 3. Qu. 07	150,44	„
„ „ Maschin. u. Heizer f. 3. u. 4. Qu. 07	1404,—	„
„ „ Portefeuille für 3. u. 4. Qu. 07	277,30	„
„ „ Hutmacher für 3. u. 4. Qu. 07	484,76	„
„ „ Schiffszimmerer für 4. Qu. 07	150,—	„

An Unterstützungsgeldern gingen ein im Monat Februar 1908:

Für Streiks und Aussperrungen (Allgem.)

Von den Gewerkschaftskartellen:

Eilberfeld 125,46 Mt., Wand. bel 358,30 Mt.,
Marneufkirchen 10,— Mt., Berlin 1500,— Mt., bereits
quittiert 1584,70 Mt., in Summa 3578,46 Mt.

Berlin, den 2. März 1908.

Hermann Kube.

Literarisches.

H. Braun. Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften. Die deutschen Gewerkschaften, ebendenn von den Unternehmern ignoriert oder verneint, sind heute ein Faktor von ernster wirtschaftlicher Bedeutung geworden, mit dem sich das Arbeitgebertum wohl oder übel abfinden muß. Es organisiert sich zu deren Bekämpfung und vertritt sich mit ihnen, weil man ja doch nicht ständig Kämpfe führen kann. Der Waffenstillstand, unterbrochen von Kraftproben, das ist die Signatur des gewerblichen Lebens. Für diese Waffenstillstände sind die Tarifverträge immer mehr die übliche Form geworden. In diesen Verträgen werden die wichtigsten Normen der Arbeitsbedingungen für gewisse Zeitschnitte durch beide Parteien vereinbart. — Normen, die der Entstehung von Differenzen zwischen einzelnen Arbeitern und Unternehmern vorbeugen sollen. Die Tragweite dieser Vereinbarungen wie der Inhalt dieser Verträge sind natürlich von den Machtverhältnissen der beiden Parteien abhängig; jede Partei ist bestrebt, den anderen Teil möglichst weitgehend zu verpflichten, sich selbst aber möglichst Bewegungsfreiheit zu sichern. Ergibt sich schon daraus für den Abschluß solcher Verträge ein hohes Maß von Verantwortlichkeit, so kommt hinzu, daß auch die Rechtsstellung der Tarifverträge keineswegs völlig geklärt ist. Die einen verweisen sie in das Gebiet der Arbeitsverträge, die anderen in das der Ufancen. Das Reichsgericht hat den Tarifvertrag sogar durch Urteil vom 30. April 1904 den Koalitionsverabredungen (§ 152 der Gewerbeordnung) angereicht, — eine Auffassung, die von der gesamten Rechtswissenschaft abgelehnt wird, ohne daß die rechtliche Regelung der Stellung der Tarifverträge damit einen Schritt weiter gekommen wäre. — Angesichts dieser Bedeutung der Tarifverträge und des Bedürfnisses, sich eingehender über dieselben zu unterrichten, wird den deutschen Gewerkschaften eine Schrift willkommen sein, die in klarer und leichtfaßlicher Weise in das Wesen dieser Verträge, in alle Fragen ihres Inhalts und in die Rechtslage sowie in die Tarifgesetzgebung fremder Staaten einführt. Adolf Braun, in der deutschen Arbeiterbewegung gut bekannt, hat eine für die „Holzarbeiter-Zeitung“ verfaßte Artikelserie zu einer selbständigen Schrift erweitert, die der Verlag von F. S. B. Diez in Stuttgart der Gewerkschaften in einer Vereinsausgabe zu dem bedeutend ermäßigten Preise von 40 Pf. zur Verfügung stellt. Wir können den Gewerkschaften den gemeinsamen Bezug dieses Werkes für ihre Vereinsbibliotheken und für ihre Mitglieder nur auf das wärmste empfehlen.

die heutige Polizeipraxis auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens aufgenommen werden muß.

Zu dem internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in Stuttgart im August 1907 waren, gemäß dem Vorschlage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, 150 Delegierte aus Gewerkschaftskreisen und die gleiche Anzahl aus Parteikreisen entsandt. Die deutsche Delegation hatte vor Beginn des Kongresses eine Sitzung, um über eine einheitliche Gestaltung der Demonstration am 1. Mai zu beraten. Zu einer endgültigen Beschlußfassung kam es nicht, weil es als erforderlich angesehen wurde, daß auch der Parteitag in der Frage nach Stellung zu nehmen habe. Es wurde jedoch eine Vereinbarung über die Grundsätze, die für die Maidemonstration zu gelten haben, erzielt, so daß es entbehrlich war, daß der internationale Kongreß sich mit der Frage beschäftigte. Der Parteitag beauftragte dann den Parteivorstand, die näheren Bestimmungen in Gemeinschaft mit der Generalkommission zu treffen. Nach längeren Beratungen wurde eine Uebereinstimmung herbeigeführt und der gefaßte Beschluß, der auch die Zustimmung der Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände fand, den Gewerkschaftskartellen seitens der Generalkommission übermittelt.

Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung im gleichen Maße berühren. Unter anderem wurde auch zu den Beratungen über die Einigung mit den lokalen Gewerkschaften die Generalkommission zugezogen. In allen Fällen ist eine Verständigung über die beratenen Fragen erzielt worden, und ist es zu keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.

Die Frage der Dienstbotenorganisation gab der Generalkommission mehrfach Veranlassung zu eingehenden Beratungen. Von der Vorsitzenden des Nürnberger Dienstbotenvereins wurde beantragt, eine allgemeine Agitation zur Organisierung der Dienstboten einzuleiten. Dieser Anregung gab die Generalkommission Folge und ersuchte die Gewerkschaftskartelle, den Versuch zu machen, Dienstbotenorganisationen ins Leben zu rufen. Dies ist auch, so weit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, geschehen. Einem weiteren von Nürnberg gestellten Antrage, einen Zentralverband der Dienstboten zu gründen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen, weil erst aus den Erfahrungen, die mit den lokalen Organisationen gemacht würden, sich ergeben müsse, ob es überhaupt möglich sein wird, eine Organisation der Dienstboten gewerkschaftlichen Charakters zu schaffen. Abgesehen davon, daß die Mehrzahl der weiblichen Dienstboten ihre Stellung als eine vorübergehende ansieht und somit das Bewußtsein, dauernd in Lohnarbeit zu stehen, bei dieser Arbeiterkategorie nicht ausgeprägt ist, kamen auch die verschiedenartigen Gesetzesbestimmungen betreffend die Dienstboten in Frage. Die Generalkommission sammelte die Dienstbotenordnungen der einzelnen Bundesstaaten und Landesteile, um zu prüfen, ob sich unter diesen Bestimmungen eine einheitliche Organisation für ganz Deutschland wird durchführen lassen. Da wurde unvermutet von der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Zentralverband gegründet werden sollte. Bei einer Rücksprache mit der Vertrauensperson wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfrüht

und eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen der allernüchternste Platz sei, einen Zentralverband der Dienstboten ins Leben zu rufen. Trotzdem wurde die Konferenz am 19. November 1907 in Berlin abgehalten und eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten für einen Zentralverband der Dienstboten machen sollte. Von der Tätigkeit dieser Kommission ist bisher nichts bekannt geworden. Die Generalkommission war jedoch genötigt, die Frage der Dienstbotenorganisation nicht weiter zu erörtern, weil ein Zentralverband der Dienstboten ins Leben gerufen werden sollte, noch ehe man sich in den Gewerkschaftskreisen darüber einig war, ob es angängig ist, diese Arbeiterkategorie in einer gewerkschaftlichen Organisation zu vereinigen.

Aus dem gleichen Grunde konnte auch dem Antrage des Vereins der Hausangestellten Berlins, diese Organisation an die Generalkommission anzuschließen, nicht zugestimmt werden.

Ferner mußte der Anschluß an die Generalkommission abgelehnt werden für den Verband der Hausierer und reisenden Händler, den Industrieverband für den Solinger Bezirk und den Verband der reisenden und gereist habenden organisierten Arbeiter.

Die Hausierer und reisenden Händler sind in den meisten Fällen nicht Lohnarbeiter, sondern selbständig, wenn sie auch durchgängig eine viel kümmerlichere Existenz als die Lohnarbeiter führen. Sind sie Lohnarbeiter, so finden sie in dem Verband der Handlungsgehilfen und im Verband der Handels- und Transportarbeiter ihre gewerkschaftliche Vertretung. Als gewerkschaftliche Organisation konnte der Verband der Hausierer unter diesen Voraussetzungen nicht angesehen werden und deshalb sein Anschluß an die Generalkommission nicht erfolgen.

Der Industriearbeiterverband für den Solinger Bezirk hat als Mitglieder Berufsarbeiter aus der Metallindustrie. Diese können, trotz der eigenartigen Produktionsverhältnisse der Solinger Industrie, sich dem Metallarbeiterverband anschließen. Aus diesem Grunde konnten die Generalkommission und der Gewerkschaftsausschuß sich nicht für den Anschluß des genannten Verbandes an die Generalkommission entscheiden.

Der Verband reisender und gereist habender organisierter Arbeiter, oder „Allgemeiner Kundenverband“, wie er in dem Flugblatt genannt wird, in dem der Vorstand zum Beitritt auffordert, hat sich in München gebildet und soll den Zweck haben, den reisenden Gewerkschaftsmitgliedern einen Zuschuß zu der Reiseunterstützung zu gewähren, die sie von ihren Organisationen erhalten. Es mag die Frage berechtigt sein, daß die von den Verbänden gewährte Unterstützung bei der Teuerung der Lebensmittel nicht immer ausreicht, dem auf der Landstraße befindlichen Gewerkschaftsmitgliede die Befriedigung seiner Bedürfnisse zu ermöglichen. Die Gründung eines besonderen Verbandes zu dem Zweck, diese Unterstützung zu erhöhen, ist aber verfehlt. Stellt sich das Bedürfnis für Erhöhung der Reiseunterstützung heraus, so muß diese durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände erfolgen. Der Weg ist richtiger und einfacher. Der genannte Verband kann aber auch als eine gewerkschaftliche Organisation nicht angesehen werden. Deswegen ist nicht nur der Anschlußantrag abgelehnt, sondern der Verbandsleitung auch geraten worden, von der Aufrechterhaltung des Verbandes abzusehen.

Den Anschlußanträgen der Verbände der Hotel- diener und der Klographen wurde von dem Gewerks-

schaftsausschuß zugestimmt, nachdem eine Verständigung der Leitungen dieser Organisationen mit denen der Verbände, die als Konkurrenzorganisation gelten können und der Generalkommission schon abgeschlossen sind, herbeigeführt war.

In dem letzten Rechenschaftsbericht wurde mitgeteilt, daß die Generalkommission es abgelehnt habe, in Gemeinschaft mit bürgerlichen Sozialreformern einen Arbeiterinnentag einzuberufen, wie auch die Gewerkschaften aufzufordern, an diesem selbst teilzunehmen. Die Ablehnung erfolgte, weil die Gewerkschaften seit je bestrebt sind, die Lage der Arbeiterinnen unter Berücksichtigung der Eigenart der weiblichen Arbeiter zu heben, und, soweit dies angängig ist, auch die Gesetzgebung dahin zu beeinflussen, daß eine wirksame Schutzgesetzgebung für die Arbeiterinnen geschaffen wird. Soweit die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die ihnen zunächst obliegenden Aufgaben nicht unmittelbar an die gesetzgebende Körperschaft herantreten konnten, ist die Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstage, die sozialdemokratische Fraktion, für den Arbeiterinnenschutz tätig gewesen. Wollen bürgerliche Sozialpolitiker und bürgerliche Frauen ernsthaft hierbei mitwirken, so ist ihnen hierzu ausreichend Gelegenheit gegeben und ihre Hilfe jederzeit willkommen. Einer besonderen Organisation bedarf es hierzu nicht, zumal durch die Generalkommission mit der Errichtung des Arbeiterinnensekretariats eine Stelle zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen geschaffen ist. Deswegen lehnte es die Generalkommission auch ab, eine Vertretung in den ständigen Ausschuß für Arbeiterinneninteressen, der von dem Arbeiterinnentag eingesetzt worden ist, zu entsenden.

Bemerkenswert ist noch, daß die Generalkommission eine Erbschaft von 15 000 Mk. gemacht hat. Erblasser ist ein Kaufmann Biel in Düsseldorf. Die Erbschaftssumme ist unter Abzug von 1200 Mk. Erbschaftsteuer ausgezahlt worden. Ueber die Verwendung des Geldes sind im Testament des Erblassers besondere Bestimmungen nicht vorgesehen. Die Generalkommission ist in Erwägungen darüber eingetreten, ob der Betrag einfach der Kasse der Generalkommission zur allgemeinen Verwendung überwiesen werden, oder ob derselbe für besondere Zwecke reserviert werden soll. Ein Beschluß ist darüber noch nicht gefaßt.

Agitation.

In den Einrichtungen der Agitationskommissionen, für welche die erforderlichen Mittel ganz oder teilweise von der Generalkommission zur Verfügung gestellt werden, ist im Berichtsjahre eine wesentliche Aenderung nicht vollzogen. Es sind Agitationskommissionen in Tätigkeit für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Posen und den südlichen Teil Westpreußens, für Oberschlesien, für das Sauer- und Siegerland, für das Saargebiet, für Elsaß-Lothringen, für Rheinland-Westfalen, für Nordbavern und für Schlesien. Die Kommission für Schlesien hat weniger allgemeine Agitation zu betreiben, als vielmehr für die Beschaffung von Versammlungsorten zu wirken. Die Kommission für Rheinland-Westfalen betreibt gleichfalls nicht selbständig Agitation, sondern hat vornehmlich den Zweck, ein Handinhandarbeiten der Gauleiter der einzelnen Zentralverbände herbeizuführen. Die Agitationskommission für Oberbavern, die 1906 mit dem Sitz in München eingesetzt wurde, hielt ihre Aufgabe mit der Durchführung einer einmütigen Agitation im Allgäu für

erledigt, weil die Vorstände der beteiligten Organisationen und die Generalkommission sich nicht zur Anstellung eines besoldeten Beamten für den Bezirk entschließen konnten. Die Agitationskommission hielt selbst die Anstellung eines Beamten zurzeit noch nicht für erforderlich. Die Funktionen, welche die Agitationskommission zu erfüllen hatte, wurden dem Gewerkschaftskartell in München übertragen, dessen Vorstand, bei gelegentlicher Hinzuziehung der Gauleiter, als Agitationskommission gilt.

Das Arbeiterssekretariat für das Saarrevier, zu dessen Erhaltung die Verbände der Bergarbeiter, der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter Beiträge leisteten, wird seit April 1907 vollständig aus den Mitteln der Generalkommission erhalten. Für den industriereichen Teil von Oberfranken, der zu dem Gebiet der Agitationskommission für Nordbavern gehört, ist ein Gewerkschaftsbeamter angestellt. Die Mittel werden aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks und aus Zuschüssen der beteiligten Organisationen und der Generalkommission gedeckt. Der Gewerkschaftssekretär hat seinen Sitz in Marktredwitz. Er hat vornehmlich die Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften zu betreiben und nur gelegentlich Rechtsauskunft zu erteilen.

Für die Bodensee-Uferstaaten (Oesterreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbureau, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allwöchentlich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Die beteiligten Organisationen konnten die Ausgaben des Bureaus, das seinen Sitz in Konstanz hat, nicht vollständig decken und beantragten, einen regelmäßigen Zuschuß zur Erhaltung des Bureaus zu geben. Die Generalkommission verständigte sich daraufhin mit den gewerkschaftlichen Centralstellen der anderen beiden an der Sache interessierten Staaten und werden dem Bureau von der Gewerkschaftskommission Oesterreichs und der Generalkommission je 100 Mk. und von dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 60 Mk. pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Zu gelegentlichen Agitationstouren in verschiedenen Bezirken wurden von der Generalkommission Zuschüsse geleistet. Ferner gewährte die Kommission auch Beihilfe zu den Krankenkassen- und Gewerbegerichtswahlen in den Orten, in welchen diese Wahlen von besonderer Bedeutung waren und die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften am Orte nicht aufgebracht werden konnten.

Den zahlreichen Anforderungen, Zuschüsse zur Gründung oder Erhaltung von Arbeiterssekretariaten, zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären in einzelnen Orten und Bezirken, sowie zum Kauf oder zur Mietung von Versammlungsorten konnte die Generalkommission nur in geringem Maße Folge geben. Das Bedürfnis für solche Einrichtungen ist wohl allgemein vorhanden, jedoch müssen die Voraussetzungen gegeben sein, die nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände vorhanden sein müssen, wenn die Generalkommission Mittel für solche Einrichtungen zur Verfügung stellen soll. Eine der ersten Voraussetzungen ist, daß die Zahl der industriellen Arbeiter des Ortes oder Bezirkes so groß ist, daß mit Hilfe der zu schaffenden Einrichtungen die Gewerkschaften soweit gestärkt werden, daß sie in absehbarer Zeit aus eigenen Mitteln die betreffende Institution erhalten können. Vielfach

aber wurden die diesbezüglichen Anträge damit begründet, daß die christlichen Gewerkschaften und der Reichslügenverband Sekretäre in dem Bezirk angestellt haben und die Anstellung eines Sekretärs unserer Gewerkschaften als Gegenmittel dringend geboten sei. Dieses Argument kann aber für unsere Gewerkschaften nicht maßgebend sein, sondern wir müssen daran festhalten, daß nur dann Beamte angestellt werden, wenn sich für sie ein ausreichendes Tätigkeitsgebiet ergibt. Würden wir anders verfahren, so könnte die Anstellung eines Beamten nicht nutzbringend, sondern eventuell organisationshemmend wirken.

Von der Generalkommission wurde auch der Versuch gemacht, durch Entsendung eines polnisch sprechenden Agitators in die polnischen Landesteile den Gewerkschaften mehr Eingang bei den polnisch sprechenden Arbeitern zu schaffen. Die Versammlungen, die in den Provinzen Posen und Oberschlesien abgehalten wurden, hatten jedoch nicht die erwartete Wirkung. Es bestätigte sich auch hier, daß nicht durch gelegentliche Versammlungen, sondern nur durch fortgesetzte Kleinarbeit die Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden können.

Unterrichtskurse.

Die von dem letzten Gewerkschaftskongreß beschlossenen und von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse scheinen ihren Zweck, die Teilnehmer in bestimmte Wissensgebiete einzuführen und ihnen Anregung zum Weiterstudium zu geben, vollständig zu erfüllen. Es sind vom August 1906 bis März 1908 insgesamt acht Kurse abgehalten. Der erste Kursus, vom 20. August bis 15. September 1906 hatte 39 Teilnehmer, der zweite vom 15. Oktober bis 10. November 1906 hatte 49 und der dritte vom 19. November bis 15. Dezember 49 Teilnehmer, letztere sämtlich Mitglieder des Verbandes der Maurer. An dem vierten Kursus vom 8. April bis 11. Mai 1907 nahmen 29, an dem fünften, vom 30. September bis 2. November 1907 nahmen 69, an dem sechsten vom 11. November bis 14. Dezember 1907 nahmen 71 Personen teil. Der siebente Kursus vom 13. Januar bis 15. Februar 1908 hatte 65 und der achte Kursus vom 24. Februar bis 28. März 1908 hat 71 Teilnehmer. Die acht Kurse wurden insgesamt von 442 Teilnehmern besucht. Außerdem nahmen an den meisten Kursen noch Hospitanten teil, die nur einzelne Vorträge hörten. Von den 442 Teilnehmern entsandte der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 35, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25, Textilarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 15, Gemeindefarbeiter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafnarbeiter 10, Schmiede 10, Bäcker 9, Brauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneider 7, Töpfer 6, Stukkateure 5, Barbier 4, Buchbinder 4, Glasarbeiter 4, Steinarbeiter 4, Hoteldiener 3, Putzmacher 3, Lederarbeiter 3, Maschinisten 3, Steinseher 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckereihilfsarbeiter 2, Handlungsgehilfen 2, Schuhmacher 2, Sattler 2, Vergolder 2, Cigarrensortierer 2, Buchdrucker 1, Dachdecker 1, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 1, Handschuhmacher 1, Kupferschmiede 1, Lithographen 1, Müller 1, Portefeuller 1, Schiffszimmerer 1 und Wäscharbeiter 1. Außerdem entsandte das Arbeiterinnen-Comité

2 Teilnehmerinnen, und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftskartellen zur Teilnahme an den Kursen bestimmt.

Statistik.

Die von der Generalkommission bisher geführten Statistiken über die Entwicklung der Gewerkschaften, die Lohnbewegungen, die Streiks und Aussperrungen, die Gewerkschaftskartelle und die Arbeitersekretariate sind im letzten Jahre in gleicher Weise wie in früheren Jahren aufgenommen und bearbeitet. Die letzte Konferenz der Vertreter der Centralvorstände hat eine Kommission eingesetzt, welche die bisher benutzten Erhebungsmaterialien nachprüfen und, soweit möglich, vereinfachen und vervollkommen soll. Neben diesen Materialien, die von den Gewerkschaftsorganisationen, den Kartellen und Arbeitersekretariaten an die Generalkommission eingeliefert werden, gehen von den Gewerkschaften noch Berichte über die Arbeitsvermittlung, über die Arbeitslosigkeit in den Arbeitslosenunterstützung zahlenden Verbänden und über die Tarifverträge regelmäßig an das Reichsstatistische Amt. Die Verbandsvorstände erklärten sich auf Anforderung bereit, dem Reichsstatistischen Amt die Materialien für eine fortlaufende Statistik über die Tarifverträge auf einem, vom Amt gelieferten Schema zusammenzustellen und alljährlich einzuliefern. Unter Anteilnahme von Vertretern des Statistischen Amtes wurde das Schema von der erwähnten statistischen Kommission ausgearbeitet.

Die Hilfe der Gewerkschaften wird für die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes in immer umfangreicherer Weise in Anspruch genommen. Das ist erklärlich und selbstverständlich, denn Arbeiterstatistik läßt sich nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen betreiben. Auf der anderen Seite sollte dann aber auch die Statistik über die Streiks und Aussperrungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen werden.

Dazu ist man aber auch im letzten Jahre nicht gekommen. Eine Aenderung hat die amtliche Streitstatistik im letzten Jahre erfahren, jedoch kann diese als eine Verbesserung nicht angesehen werden. Bisher wurden amtlich die Streiks und Aussperrungen nach Verwaltungsbezirken registriert und wurde stets Beginn und Ende des Kampfes angegeben. Das letztere hat man, der Vereinfachung wegen, fortgelassen, und die Registrierung erfolgt nunmehr nur nach Berufen. Dadurch ist ein Vergleich der amtlichen mit der gewerkschaftlichen Streitstatistik nahezu unmöglich geworden. Es mag ja unangenehm gewesen sein, daß die Generalkommission zuverlässig nachweisen konnte, daß in den Jahren 1901 bis 1905 nicht weniger als 2085 Streiks und Aussperrungen mit 42 776 Beteiligten fehlten. Für 1906 war ein Vergleich zwischen den beiden Statistiken wegen des Fehlens der genauen Bezeichnung von Ort und Zeit der Streiks in der amtlichen Statistik nicht möglich. Es konnten die Streiks und Aussperrungen von 17 Organisationen, die 2250 Kämpfe zu führen hatten, mit der amtlichen Statistik nicht in Vergleich gestellt werden. Für die anderen Organisationen ist jedoch nachgewiesen, daß 257 Streiks und Aussperrungen, die unter Angabe von Zeit und Ort des Kampfes registriert worden sind, in der amtlichen Statistik fehlen. Diese ist also, trotz angeblicher Vereinfachung, nicht besser, sondern noch unzuverlässiger geworden, als sie in früheren Jahren war. Daß man gerade bei der Statistik, die nur mit Hilfe der Gewerkschaften zuverlässig gestaltet werden kann, an dem alten System festhält und

Jahr für Jahr falsche Angaben macht, ist bezeichnend für den Geist der preußisch-deutschen Staatsverwaltung.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Neben der Konferenz von Vertretern der Centralvorstände wurde von der Generalkommission noch eine Konferenz von Vertretern der Organisationen berufen, die besonders unter der Wirkung der Heimarbeit leiden. In dieser Konferenz wurde über die Fortführung der Agitation gegen die Heimarbeit beraten und wurde beschlossen, die weitere Agitation durch die einzelnen Verbände eventuell mit Unterstützung seitens der Generalkommission betreiben zu lassen.

Eine größere Zahl von Zusammenkünften mit einzelnen Verbandsvorständen war auch im letzten Jahre zwecks Regelung von Grenzstreitigkeiten erforderlich. Ebenso war die Entsendung von Mitgliedern der Generalkommission zu Konferenzen in den einzelnen Agitationsbezirken erforderlich, sowie auch die Delegation zu einer Sitzung des Centralausschusses für die Gewerbegerichtsbeisitzer in Dresden. Es gelang fast in allen Fällen, vorhandenen Streit zu schlichten und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Der bisherigen Praxis folgend, hat die Generalkommission auf Ersuchen Vertreter zu den Generalversammlungen der Verbände oder zu Berufskongressen entsandt. Es tagten 1907 Generalversammlungen der Organisationen folgender Verufe:

Bäcker, 10. März in Kassel; Barbieri, 12. November in Bremen; Bauhilfsarbeiter, 7. Oktober in Hamburg; Bergarbeiter, 5. Mai in Bochum; Buchbinder, 23. Juni in Nürnberg; Fleischer, 1. September in Frankfurt a. M.; Gärtner, 1. September in Dresden; Glasarbeiter, 31. März in Penzig; Graveure, 16. Juni in Nürnberg; Transportarbeiter, 20. Mai in Berlin; Handschuhmacher, 19. Mai in Berlin; Hotelbediener, 2. April in Leipzig; Gutmacher, 3. Juni in Guben; Kupferschmiede, 2. April in Breslau; Lagerhalter, 21. Mai in Leipzig; Lithographen, 1. April in Hannover und 29. September in München (gleichzeitig tagte auch die Generalversammlung des Senefelderbundes); Maler, 8. April in Leipzig; Maurer, 1. April in Köln a. Rh.; Metallarbeiter, 20. Mai in München; Mühlenarbeiter, 19. Mai in Mainz; Portefeuille, 31. März in Berlin; Schiffszimmerer, 14. Mai in Hamburg; Seeleute, 21. Oktober in Hamburg; Steinseher, 17. Februar in Leipzig; Tabakarbeiter, 14. Oktober in Bielefeld; Töpfer, 12. Mai in Berlin; Zimmerer, 15. April in Köln; Zibilmusiker, 23. April in Dresden.

Mit Ausnahme der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen in München waren Mitglieder der Generalkommission auf sämtlichen Generalversammlungen anwesend, teils direkt entsandt, teils als Mitglieder der betreffenden Organisationen.

Internationale Verbindung.

Die 5. internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landescentralen, die im September 1907 in Kristiania tagte, hat an der seit 1902 bestehenden internationalen Verbindung der Gewerkschaften wesentliche Aenderungen nicht vorgenommen. Der internationale Bericht über die Gewerkschafts-

bewegung soll, wie bisher, jährlich herausgegeben werden. Die Konferenz konnte die Gründe, die für das Erscheinen des Berichtes in zweijährigen Zeitabschnitten angeführt wurden, nicht als ausschlaggebend ansehen, hielt vielmehr die jährliche Berichterstattung für ein geeignetes Mittel, die internationale Verbindung zu stärken. Da jedoch die Kosten des Berichtes, der wegen der geringen Auflage, in der er herauskommt (es erscheinen 3000 Exemplare in deutscher und je 1000 Exemplare in englischer und in französischer Sprache), verhältnismäßig teuer wird, mit den heutigen Beiträgen, die an das internationale Sekretariat gezahlt werden, nicht zu decken sind und für das Jahr 1908 ein Defizit in der internationalen Kasse entstand, so beschloß die Konferenz, die Beiträge, die bis 1904 50 Pf. und von 1905 ab 1 Mk. pro 1000 angeschlossener Mitglieder betragen auf 1,50 Mk. pro 1000 Mitglieder und Jahr zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, das für 1906 entstandene Defizit durch Umlage zu decken. Die entsprechenden Extrabeiträge sind sowohl von Deutschland wie von allen anderen, dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landescentralen gezahlt worden. Von der internationalen Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit, die auf der vierten internationalen Konferenz beschlossen wurde, sah die Konferenz in Kristiania ab, weil nach Prüfung der für die Erhebung ausgearbeiteten Materialien sich ergab, daß die Erhebung nicht in allen Ländern durchgeführt werden kann. Die sonst von der Konferenz gefaßten Beschlüsse dienen der Befestigung der internationalen Verbindung. Von den europäischen Ländern, in welchen eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und eine gewerkschaftliche Landescentrale besteht, gehört nur Frankreich dem internationalen Sekretariate nicht an. Die Landescentrale in Frankreich verlangte schon von der vierten internationalen Konferenz, daß sie sich mit der Frage des Generalstreiks und des Antimilitarismus beschäftigen sollte. Diese Konferenz lehnte solches ab, und auch die Konferenz in Kristiania erklärte, daß es nicht die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Konferenz sei, diese Fragen zu behandeln. Es scheint, als wenn die gewerkschaftliche Landescentrale in Frankreich sich insfolgedessen, wie schon seit dem Jahre 1905, von dem internationalen Sekretariate auch weiter fernhalten will. Voraussichtlich wird aber in absehbarer Zeit auch in Frankreich die gewerkschaftliche Organisation sich Geltung verschaffen, die in Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben den Hauptzweck der Organisation erblickt. Dann wird auch der Anschluß der Landescentrale an das internationale Sekretariat erfolgen.

Die internationale Verbindung ist gegenwärtig so weit ausgebaut, als sie bei der Verschiedenartigkeit der Aufgaben, welche die einzelnen Landescentralen haben, ausgebaut werden kann. Eine weitere Ausgestaltung dieser Verbindung kann erst eintreten, wenn die Organisationen in den einzelnen Ländern in bezug auf die Finanzkraft und die Taktik eine mehr gleichartige geworden ist.

„Correspondenzblatt“, Statistische Beilagen, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“, Gewerkschaftliche Buchhandlung.

„Das „Correspondenzblatt“ ist dadurch, daß die umfangreichen Statistiken und die Adressenverzeichnisse in besonderen Beilagen gebracht werden, wesentlich verbessert worden. Dadurch ist für den textlichen Inhalt mehr Raum geschaffen, und durch das Zusammenfügen der statistischen Beilagen

Fast in gleicher Höhe wie bei dem „Correspondenzblatt“ bewegt sich die Mehrausgabe für die in italienischer Sprache erscheinende Zeitung „L'Operaio Italiano“. Indessen liegt hier eine etwas unnatürliche Steigerung vor, insofern, als die Kosten für Druck und Expedition für fünf Quartale in Rechnung gestellt sind. Es ist das zurückzuführen auf die Uebersiedelung der Redaktion dieser Zeitung von Berlin nach Hamburg. Ein Wechsel in der Person des Redakteurs machte drei Monate lang die Beschäftigung von zwei Redakteuren notwendig, auch dadurch ergab sich eine außergewöhnliche Ausgabe. Die auf diese Weise entstandenen Mehrausgaben für Redaktion, Druck und Expedition belaufen sich auf rund 4000 Mk. Der Rest der Mehrausgabe von rund 5500 Mk. ergibt sich aus dem Steigen der Auflage und der Erhöhung der Druckpreise.

Aus letzterem Grunde ist auch bei dem in polnischer Sprache erscheinenden Blatt „Oswiata“ gegenüber dem Vorjahr eine Mehrausgabe von rund 1200 Mk. entstanden.

Das Zentral-Arbeiterssekretariat hat eine Steigerung der Ausgaben von rund 2000 Mk. aufzuweisen, dieselbe ist zurückzuführen auf die Einstellung des fünften Angestellten.

Zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen wurden im verfloffenen Jahre 6 Sammlungen ausgeschrieben. Drei für das Inland und drei für das Ausland. Die Erträgnisse dieser Sammlungen wurden fast unberührt an die betreffenden Organisationen abgeführt. Außerdem haben aus dem Bestande des Jahres vorher erhalten, der Verband der Fleischer 3000 Mk. und die Landeszentralen in Ungarn und Bulgarien 3000 Mk. bzw. 6000 Mk.

Jahresabrechnung 1907.

Einnahme:

a) Generalkommission:			
1. Bestand am Schlusse des Jahres 1906			254 764,94 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften	247 381,74		
3. Verlag der Generalkommission	25 429,60		
4. Für Agitationskommission Sauer- und Siegerland	2 050,—		
5. Für Arbeiterssekretariat St. Johann-Saarbrücken	600,—		
6. Erbschaft	13 800,—		
7. Zinsen	1 275,—		
8. Diverse Einnahmen	6 526,85	297 063,19	"
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Gewerkschaftskartelle und Ortsverwaltungen	1 655,64		
2. Abonnement	2 063,02		
3. Einzelverkauf	145,68	3 864,34	"
c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften	12 050,90		
2. Abonnement	93,04	12 143,94	"
d) „Oswiata“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften	7 056,98		
2. Abonnement	50,48	7 107,46	"
	Summa	574 943,87	Mk.

Ausgabe:

a) Generalkommission:			
1. Agitation:			
a) Agitationskommission für Ost- und nördliches Westpreußen	7 000,—		
b) " " südliches Westpreußen und Posen	5 100,—		
c) " " Oberschlesien	9 800,—		
d) " " Sauer- und Siegerland	5 600,—		
e) " " das Saargebiet	400,—		
f) " " Elsaß-Lothringen	3 800,—		
g) " " Rheinland und Westfalen	200,—		
h) " " Ober-Bayern	535,40		
i) " " Nord-Bayern	484,80		
k) " " Schlesien	820,—		
l) Arbeiterssekretariat Kattowitz (Oberschl.)	5 300,—		
m) " " St. Johann-Saarbrücken	4 500,—		
n) Mietszuschüsse	1 370,—		
o) Flugblatt 7	743,75		
p) Agitation Heimarbeiter	6 645,37		
q) " Arbeiterinnen	324,50		
r) Allgemeine Agitation	7 943,30	60 567,12	
2. Generalversammlungen und Konferenzen:			
a) Generalversammlungen, Delegationen	3 334,50		
b) Konferenz der Centralvorstände	1 989,—		
c) Diverse Konferenzen	363,60	5 681,10	
3. Verlag der Generalkommission:			
a) Druckkosten	24 529,25		
b) Expedition	543,30	25 072,55	
	Uebertrag	91 270,77	

ist das in diesen befindliche Material leichter verwendbar. Außer den Statistiken, welche von der Generalkommission aufgenommen und bearbeitet werden, sollen auch andere statistische Arbeiten in besonderen Beilagen des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Diese Beilagen können, weil sie für sich numeriert sind, in einem besonderen Bande vereinigt werden und bilden so ein statistisches Jahrbuch. Die Auflage des „Correspondenzblattes“ betrug im Januar 1907 21 300 und Ende Dezember 1907 23 600 Exemplare gegen 16 400 Exemplare Anfang 1905 und 17 700 Anfang 1906.

An die Generalkommission wurde wiederholt die Anfrage gerichtet, ob es nicht zweckmäßig sei, die älteren Jahrgänge des „Correspondenzblattes“ neu drucken zu lassen. Das in diesen älteren Jahrgängen enthaltene Material sei zum Teil zwar veraltet, trotzdem aber für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Bewegung nach dem Fall des Sozialistengesetzes von großem Wert. Dem Blättchen, das in den ersten Jahren nur in einer Auflage von 400 Exemplaren erschien und 1895 erst eine Auflage von 5300 Exemplaren hatte, wurde eine größere Bedeutung nicht beigemessen, und nur vereinzelt wurden die Nummern gesammelt und zu einem Bande am Jahreschluss zusammengefügt, so daß nur sehr wenige vollständige Exemplare der sämtlichen Jahrgänge des Blattes vorhanden sind. Die Generalkommission hielt Umfrage bei den Vorständen der Centralverbände, und diese erklärten sich für einen Neudruck der Jahrgänge von 1891—1899. Diese werden nunmehr in einer Auflage von 2000 Exemplaren genau nach den Originalen hergestellt werden.

Das italienische Blatt „L'Operaio Italiano“ wurde auf Wunsch der Organisationen der Maurer und der Bauarbeiter von Berlin nach Hamburg verlegt. Da diese Organisationen die meisten Exemplare des Blattes abnehmen und deswegen den größten Wert darauf legen müssen, daß die Nachrichten über Streiks und Sperren möglichst schnelle Verbreitung finden, so konnte die Generalkommission nicht umhin, die Berechtigung des Verlangens, das Blatt am Sitz dieser Organisationen erscheinen zu lassen, anzuerkennen. Wenn die Nachrichten über Streiks und Sperren erst von Hamburg nach Berlin gesandt werden mußten, war es nicht möglich, sie im „L'Operaio Italiano“ noch aufzunehmen, wenn dieser mit den Fachblättern der Organisationen expediert werden sollte. Schließlich kam auch noch die Verringerung der Expeditionskosten in Frage, so daß es zweckmäßig war, das Blatt in Hamburg erscheinen zu lassen. Eine sonstige Änderung ist an dem Blatte nicht vorgenommen worden. Seine Auflage betrug Ende 1906 12 300, Ende 1907 10 650 Exemplare. Die Höhe der Auflage wechselt nicht nur mit der Jahreszeit, sondern auch mit der Konjunktur im Baugewerbe. Wenn diese ungünstig ist, verringert sich auch der Zuzug italienischer Arbeiter, oder die Zuziehenden suchen keinen Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands. In den Wintermonaten kehren, besonders wenn, wie im vorigen Jahre, geringe Baulust vorhanden ist, Massen italienischer Bauarbeiter in die Heimat zurück, wodurch die Zahl der Bezahler des Blattes selbstverständlich verringert wird. In den Sommermonaten steigt diese und erreichte Mitte 1907 mit 15 800 den höchsten Stand.

Bei dem polnischen Blatt „Oswiata“ ist gegenüber dem Vorjahre eine Änderung in der Ausstattung und der Erscheinungsweise nicht eingetreten. Das Blatt hatte Ende 1906 eine Auflage von 6000

Exemplaren und Ende 1907 eine solche von 6642 Exemplaren. Im Verhältnis zu der Zahl der polnisch sprechenden Arbeiter ist die Auflage noch sehr gering, doch ist zu berücksichtigen, daß der Bergarbeiterverband für die polnisch sprechenden Bergarbeiter ein eigenes polnisches Organ herausgibt.

In den letzten Jahren ist wiederholt die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, daß die Generalkommission eine eigene gewerkschaftliche Buchhandlung errichtet, damit der gewerkschaftlichen Literatur in weiteren Kreisen Eingang verschafft wird. Es ist jedoch schließlich von der Ausführung dieses Projektes Abstand genommen und den Gewerkschaften empfohlen worden, ihre Literatur der Buchhandlung Vorwärts in Kommissionsverlag zu geben.

Um die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen mit Material zu versehen, veranlaßte die Generalkommission Gehmanns Verlag in Berlin, das Buch von Trölsch und Hirschfeld über die geographische Verbreitung der Gewerkschaften, und den Verlag von Dunder u. Humblot in Leipzig, das Buch von Schoenlant, „Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren“, in einer besonderen Auflage zu einem billigeren Preise herauszugeben. Durch Umfrage bei den Vorständen der Centralverbände konnte der Bedarf festgestellt und von der Generalkommission eine größere Auflage bestellt werden, wodurch sich die Preise für diese Bücher wesentlich ermäßigten.

Der Gewerkschaftsausschuß hielt in der Berichtsperiode 5, die Generalkommission 63. Sitzungen ab. In den Sitzungen des Gewerkschaftsausschusses wurde über die vorstehend kurz erwähnten Angelegenheiten beraten. Es zeigte sich in allen Fragen eine vollständige Übereinstimmung in der Auffassung bei Gewerkschaftsausschuß und Generalkommission, und fanden die Vorschläge der letzteren stets die Zustimmung des Ausschusses.

Berlin, 12. März 1908.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Legien, Vorsitzender.

Rassenbericht.

Die Steigerung der Einnahmen der Generalkommission hat erfreulicherweise auch im verflossenen Jahre angehalten. Das Mehr gegenüber dem Vorjahre beträgt 77 412,61 Mk., darunter Mehreinnahme an Beiträgen 36 404,71 Mk., für „L'Operaio Italiano“ 4317,60 Mk., „Oswiata“ 1338,72 Mk. Hinzu kommt der Betrag von 13 800 Mark, welcher der Generalkommission durch Erbschaft zugefallen ist. Der Rest der Mehreinnahme entfällt auf den Verlag der Generalkommission.

Die Ausgaben unter Ziffer 1 bis 11 mit Ausnahme der Ziffer 3, „Verlag der Generalkommission“, weisen wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahre nicht auf. Der Bücherumsatz war im verflossenen Jahre bedeutend umfangreicher als in den Jahren vorher; daher die größeren Summen unter Ziffer 3 in Einnahme und Ausgabe. Einen Einfluß auf den Etat der Generalkommission übt dieser Posten nicht aus, die Generalkommission hat in den Gewerkschaften einen festen Abnehmer, an den sie die Druckwerte zu den Selbstkosten abgibt.

Die Herstellung des „Correspondenzblattes“ für 1907 hat gegen das Vorjahr eine Mehrausgabe von rund 10 000 Mk. erfordert. Dieselbe ist begründet in der Erhöhung der Druckpreise, die seit dem 1. Januar 1907 in Kraft getreten sind, sowie in dem Wachsen der Auflage und dem Abdruck umfangreicher Statistiken.

4. Bücher und Zeitschriften:	Uebertrag . . .	91 270,77	
a) Bücher	708,84		
b) Zeitschriften	259,07		
c) Buchbinderarbeiten	248,55	1 216,46	
5. Drucksachen und Inserate:			
a) Drucksachen	3 679,85		
b) Inserate	8,15	3 688,—	
6. Prozeßgebühren		1 271,30	
7. Mobilien		93,—	
8. Beitrag an den internationalen Sekretär		2 610,20	
9. Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Miete, Licht, Heizung, Telefon	3 394,76		
b) Reinigung des Bureaus	892,95		
c) Schreibmaterial und Bureauutensilien	4 017,96		
d) Porto des Vorsitzenden, Kassierers u. Arbeiterinnen-Komitees	1 398,47	9 704,14	
persönliche:			
a) Gehälter	13 780,—		
b) Hilfsarbeiter	1 176,50		
c) Sitzungsentuschädigung	653,25		
d) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft, Invalidität und Krankenkasse	207,05	15 816,80	
10. Unterrichtskurse:			
a) Mobilien	113,—		
b) Schulutensilien	313,—		
c) Bücher und Zeitungen	79,86		
d) Drucksachen	206,30		
e) Miete, Licht, Vereinigung	504,—		
f) Porto	19,69		
g) Lehrer-Honorar	4 860,—		
h) Diverfes	55,15	6 151,—	
11. Diverse Ausgaben		5 031,79	136 853,46 Mf.
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	5 280,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	3 390,64		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	72,—		
d) Bücher und Zeitungen	507,99		
e) Porto	25,42	9 276,05	
2. Druck und Papier		28 466,80	
3. Expedition		6 736,50	44 479,35 „
c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	3 520,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	346,16		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	34,80		
d) Bücher und Zeitungen	187,68		
e) Bureauutensilien	30,55		
f) Porto	93,39	4 212,58	
2. Druck und Papier		13 668,10 *)	
3. Expedition		2 203,29	
4. Diverfes		1 063,70	21 147,67 „
d) „Oswiata“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 400,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	297,40		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
d) Bücher und Zeitungen	157,26		
e) Bureauutensilien	28,70		
f) Miete, Licht, Heizung	202,90		
g) Porto	22,44	3 144,70	
2. Druck und Papier		6 264,—	
3. Expedition		1 365,31	10 774,01 „
	Uebertrag . . .	213 254,49 Mf.	

*) Für 5 Quartale.

e) Central-Arbeitersekretariat:		Uebertrag . . .	213 254,49 Mf.
1. Verwaltungskosten:			
fächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauutensilien	189,75		
b) Bücher und Zeitschriften	152,03		
c) Drucksachen	254,50		
d) Porto	624,61	1220,89	
persönliche:			
a) Gehälter	10 988,—		
b) Hilfsarbeiter	936,—		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft, Krankenkasse und Invalidität	188,80		
d) Diverse Ausgaben	122,80	12 235,60	13 456,49 „
f) Vermögensbestand:			
a) Debitoren	149 857,80		
b) Effekten	27 000,—		
c) Girokonto	166 322,10		
d) Kasse der Generalkommission	4 024,49		
e) „ des L'Operaio Italiano	55,16		
f) „ der Oswiata	973,84	348 232,89	„
		Summa . . .	574 943,87 Mf.

Streiks und Aussperrungen 1907.

Einnahme:

1. Bestand am Schluß des Jahres 1906			12 705,07 Mf.
2. Aussperrung der Hafnarbeiter:			
a) Centralvorstände	16 014,56		
b) Ortsverwaltungen	7 265,30		
c) Gewerkschaftskartelle	485,20		
d) Sonstige Sammlungen	30,—	23 795,06	„
3. Aussperrung der Schneider:			
a) Centralvorstände		12 655,—	„
4. Aussperrung der Tabakarbeiter:			
a) Centralvorstände	13 925,60		
b) Ortsverwaltungen	5 973,55		
c) Gewerkschaftskartelle	90 048,35		
d) Sonstige Sammlungen		129,15	110 076,65 „
5. Aussperrung der Textilarbeiter in Lodz:			
a) Centralvorstände	24 300,64		
b) Ausländische Gewerkschaften.		5 299,33	29 599,97 „
6. Aussperrung der Papierarbeiter in Norwegen:			
a) Centralvorstände		7 530,—	„
7. Streik der Bäcker in Warschau:			
a) Centralvorstände		1 410,—	„
8. Allgemeine Streiks und Aussperrungen:			
a) Gewerkschaftskartelle		2 482,49	„
		Summa . . .	200 254,24 Mf.

Ausgabe:

1. An den Verband der Fleischer	3 000,—	Mf.
2. „ „ „ „ Hafnarbeiter	23 795,06	„
3. „ „ „ „ Schneider	12 655,—	„
4. „ „ „ „ Tabakarbeiter	106 260,86	„
5. „ das Landes-Sekretariat in Bulgarien	6 000,—	„
6. „ „ „ „ Norwegen	10 000,—	„
7. „ den Ungarländischen Gewerkschaftsrat	3 000,—	„
8. „ das Streikkomitee der Textilarbeiter in Lodz	29 557,20	„
9. „ „ „ „ Bäcker in Warschau	1 210,—	„
10. Saldo	4 776,12	„
	Summa . . .	200 254,24 Mf.

Berlin, den 10. Februar 1908.

Germann Rube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Revisoren der Generalkommission:
G. Sabath. A. Cohen.

Die Revisoren des Ausschusses:
G. Eifler. R. Beyold.

Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1907.

An das Central-Arbeitersekretariat wurden im Jahre 1907 von den Arbeitersekretariaten, Gewerkschaftsartellen, Gewerkschaften und anderen Personen 1352 Streitsachen betr. Unfall- und Invalidenrentenanprüche übermittelt. Gegen das Vorjahr ein Mehr von 155. Die Zahl der Posteingänge belief sich auf 4957, die Ausgänge auf 5785. Auf die einzelnen Monate verteilt, ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Posteingänge.

Monate	Gesamtzahl	Briefe	Karten	Postanweisung.	Kafete	Drucksachen
Januar	459	427	27	1	4	—
Februar	445	420	21	2	2	—
März	417	380	27	6	4	—
April	525	501	20	—	1	3
Mai	395	377	16	—	1	1
Juni	435	410	18	2	4	1
Juli	330	312	12	2	3	1
August	313	301	8	1	3	—
September	341	319	18	—	3	1
Oktober	470	447	15	1	2	5
November	416	381	30	—	3	2
Dezember	411	374	32	—	4	1
Summa:	4957	4649	244	15	34	15

Postausgänge.

Monate	Gesamtzahl	Schriftstücke u. Briefe	Karten	Postanweisung.	Kafete	Drucksachen
Januar	502	471	7	6	—	18
Februar	507	470	14	5	—	18
März	577	526	22	4	—	25
April	529	459	7	2	2	59
Mai	444	424	1	2	—	17
Juni	478	445	17	5	—	11
Juli	445	416	7	1	—	21
August	296	277	7	6	—	6
September	447	429	6	—	—	12
Oktober	570	535	11	—	—	24
November	491	448	20	1	5	17
Dezember	499	470	9	—	—	20
Summa:	5785	5370	128	32	7	248

In den „Postausgängen“ sind enthalten:
Angefertigte Schriftsätze.

Monate	Anträge	Eingaben	Refusje u. Besize	Beggen-erklärung	Sonstige Schriftsätze	Bei Schriftl. in 1 Exempl.	Gesamtseitenzahl	Bei Schriftl. in 2 Exempl.	Gesamtseitenzahl
Januar	24	15	22	3	9	37	38	38	137
Februar	22	17	17	2	8	37	37	32	157
März	21	28	20	4	22	55	62	54	304
April	26	16	14	—	8	40	40	24	92
Mai	26	24	10	1	9	51	53	19	85
Juni	24	22	17	3	24	52	52	38	200
Juli	13	16	14	4	33	27	31	53	247
August	7	19	13	—	10	29	35	20	94
September	18	27	20	3	25	46	51	47	205
Oktober	26	23	26	1	15	49	51	42	212
November	27	22	12	4	11	48	51	28	124
Dezember	12	29	12	3	8	36	37	28	130
Summa:	246	258	197	28	132	507	538	423	1987

In zahlreichen Fällen wurde schriftliche Information auf besondere Anfragen erteilt, die Zahl dieser zum Teil umfangreichen Auskünfte betrug 698. Die Streitsachen gingen uns von folgenden Stellen zu:

Arbeitersekretariat	Anzahl
Altenburg	4
Aischaffenburg	1
Augsburg	4
Bant	11
Barmen	18
Bernburg	8
Bielefeld	2
Beuthen Ob.=Schl.	1
Bochum	40
Brandenburg	6
Braunschweig	23
Bremen	15
Bremerhaven	2
Breslau	7
Cassel	6
Castrop	11
Chemnitz	17
Coburg	5
Cöln a. Rh.	37
Cottbus	8
Crefeld	7
Darmstadt	3
Dessau	9
Dortmund	30
Dresden	27
Düsseldorf	18
Duisburg	7
Eberfeld	9
Erfurt	1
Essen a. Ruhr	16
Forst	2
Frankfurt a. M.	53
Fürth	3
Gelsenkirchen	30
Gera	13
Glabbeek	9
Gotha	7
Guben	7
Halle	6
Hamburg	35
Hamm	16
Hanau	4
Hannover	4
Harburg	1
Hildesheim	3
Hochheide	3
Jena	2
Karlsruhe	7
Kattowiz	12
Keimpten	1
Kiel	8
Königsberg i. Pr.	11
Leipzig	19
Lübeck	36
Lüdenscheid	6
Ludenswalde	3
Magdeburg	31
Mainz	5
Mannheim	29
Meißen	3
München	55
Neu-Stuppin	3
Nürnberg	10
Oberhausen	27
Offenbach a. M.	5
Uebertrag	822

Arbeitersekretariat	Uebertrag	822
"	Dsnabrück	1
"	Kedlinghausen	9
"	Siegen	1
"	Solingen	6
"	St. Johann	3
"	Stettin	30
"	Strasburg i. Elz.	7
"	Stuttgart	13
"	Waldenburg Schl.	2
"	Wiesbaden	2
"	Worms	3
"	Würzburg	2
"	Zeitz	1
Gewerkschaftskartelle		52
Gewerkschaften		157
Kläger		181
Andere Personen		60
Gesamtzahl		1352

Im vorigen Jahre waren aus dem Jahre 1905 unerledigt geblieben 4 Streitfachen und aus dem Jahre 1906 264 " " Dazu die Eingänge aus dem Jahre 1907 1352 " "

Es waren mithin zu bearbeiten 1620 Streitfachen

Am Schlusse des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1222, unerledigt blieben 34 Streitfachen aus dem Jahre 1906 und 364 aus dem Jahre 1907.

In 141 Fällen, bei denen die Verletzten obliegen, wurden 1811,15 Mk. Kosten für persönliches Erscheinen der Arbeiter im Termin oder Beibringung ärztlicher Gutachten gewährt. Von den 1222 Streitfachen wurden 946 im ersten Termin entschieden, durch Beweisaufnahmen gelangten 264 Streitfachen im zweiten Termin und 12 im dritten Termin zur Erledigung; in 43 Fällen wurde das Sekretariat von den Verletzten über das Stattfinden des Termins nicht in Kenntnis gesetzt.

Die Zahl der Terminstage und der Termine im Monat ergibt folgende Zusammenstellung:

Monate	Terminstage im Monat	Anzahl der Termine
Januar	24	166
Februar	22	134
März	23	146
April	25	153
Mai	22	143
Juni	21	111
Juli	18	104
August	9	20
September	19	105
Oktober	27	161
November	24	129
Dezember	20	126
Summa	254	1498

Im Laufe des Verfahrens wurden von den Verletzten 23 Rekurse als aussichtslos zurückgenommen, desgleichen verzichteten die Berufsgenossenschaften in 4 Fällen auf den Rekurs und erkannten die Ansprüche der Verletzten an. In 262 Fällen erschien im Laufe des Verfahrens der Anspruch aussichtslos für eine mündliche Vertretung, der Rekurs wurde in allen diesen Fällen zurückgewiesen.

Berteilung der Unfallrentenansprüche auf die verschiedenen Berufsgenossenschaften.

Berufsgenossenschaften	Dem Rekurs der Berufsgenossenschaft wurde			Dem Rekurs resp. Hinterbliebenen wurde			Vergleich	Zusammen
	stattgegeben	teilweise stattgegeben	nicht stattgegeben	stattgegeben	teilweise stattgegeben	nicht stattgegeben		
Anaptschaft	4	3	15	1	53	12	75	80
Steinbruch	2	1	3	—	4	—	5	9
Feinmechanik	3	—	2	—	4	—	4	8
Südd. Eisen u. Stahl	12	2	7	1	2	—	10	12
Südwestl. Eisen	1	—	1	—	2	—	1	5
Rh.-Westf. Hütten- u. Walzwerke	2	—	2	—	6	1	8	6
Maschinenbau und Kleinmetallindustrie	3	—	6	—	5	2	14	10
Sächs. Thür. Eisen- und Stahl	—	—	7	—	6	2	8	8
Nordöstl. Eis.-u. Stahl	3	—	2	—	2	1	1	5
Schles. Eisen- u. Stahl	—	—	—	—	2	1	—	5
Nordw. Eisen- u. Stahl	5	3	7	—	14	1	12	9
Südd. Edel- u. Unedelmetall	—	—	1	—	—	1	2	—
Nordd. Eisen- u. Stahl	—	—	—	—	—	—	—	1
Nordd. Metall	2	1	1	—	3	1	1	10
Musikinstr.-Industrie	—	—	1	—	1	—	—	2
Glas	1	1	2	—	1	—	2	1
Löpferei	—	—	2	—	—	—	3	1
Stiegelei	—	—	7	—	6	1	4	2
Chemische Industrie	—	1	2	1	9	1	11	6
Gas- u. Wasserwerke	1	1	1	—	1	—	—	4
Leinen	—	—	—	—	—	—	1	1
Norddeutsche Textil	—	—	1	—	1	—	1	4
Süddeutsche Textil	—	1	—	—	—	—	1	3
Schlesische Textil	1	—	—	—	—	—	1	2
Rhein.-Westf. Textil	—	1	—	—	1	1	1	9
Seiden	—	—	2	—	—	—	—	2
Papiermacher	1	—	1	1	2	—	2	1
Papierverarbeitung	1	1	4	—	—	—	1	8
Leberindustrie	—	—	—	—	—	—	3	2
Norddeutsche Holz	10	3	14	1	7	4	19	14
Südwestdeutsche Holz	1	—	3	1	—	—	2	9
Müllerei	—	—	4	—	5	—	—	10
Nahrungsmittelind.	—	—	1	—	1	—	2	1
Juder	3	—	4	—	—	—	2	3
Müllerei, Brenner- u. Stärkeindustrie	—	—	1	—	—	—	2	1
Brauerei- u. Mälzerei	7	—	5	—	3	2	7	11
Bekleidungsindustrie	—	—	2	—	2	1	1	3
Hamburg. Baugewert	1	—	1	—	—	—	3	1
Nordöstl. Baugewert	3	—	8	—	9	2	12	9
Schlesisch-Polensche Baugewert	—	—	1	—	3	—	—	1
Hannov. Baugewert	3	—	5	—	2	—	5	7
Magdeb. Baugewert	2	—	6	—	3	—	4	3
Sächs. Baugewert	3	2	2	—	4	1	8	3
Thüring. Baugewert	3	1	—	—	1	—	4	1
Hessen-Rass. Baugew.	4	—	3	1	6	—	4	2
Rh.-Westf. Baugewert	5	—	5	—	2	1	3	4
Südwestl. Baugewert	3	4	5	—	—	—	3	1
Deutsche Buchdrucker Privatbahn	1	—	1	—	2	1	—	5
Strassen- u. Kleinbahn	1	—	—	—	—	—	—	1
Lager	2	—	5	—	11	4	14	14
Fuhrwerk	3	—	2	—	1	—	5	7
Westd. Binnenschiff	—	—	—	—	—	—	1	2
Elohschiffahrt	—	1	—	—	1	—	—	3
Ostb. Binnenschiffahrt	—	—	1	—	—	—	1	2
See	—	—	—	—	—	—	3	8
Liesbau	5	1	6	1	1	1	5	4
Fleischerei	—	—	—	—	1	—	—	1
Schmiede	1	—	—	—	—	—	—	1
Landwirtschaft	2	1	8	—	14	1	15	10
Eisenbahnstatus	1	—	—	—	1	—	2	1
Berufsbewertung	—	—	1	—	—	—	—	1
Militärstatus	—	—	1	—	—	—	—	1
Reichspolizist	—	—	—	—	—	—	—	1
Forststatus	—	—	—	—	1	—	—	2
Länderstaatsstatus	1	—	—	—	—	—	—	1
Kommunalverband	—	—	—	—	1	—	—	2
Summa	107	29	172	8	207	43	303	8
								265

oder ein anderer nicht im Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft stehender Arzt ist auch dann gehört, wenn er dem Verletzten in einigen Zeilen bestätigt, daß er in höherem Maße erwerbsbeeinträchtigt ist als die anderen Gutachter annehmen und er bereit sei, seinen Standpunkt auf Erfordern näher zu begründen. In einem anderen Fall ist der Arzt bei der Sezierung der Leiche zugezogen, hat das Protokoll mit abgefaßt, ohne in einem Gutachten Schlussfolgerungen über Erkrankung und Folge des Unfalls zu ziehen. Dies wurde vielmehr dem von der Knappschaftsberufsgenossenschaft angestellten Professor überlassen. Auch in diesem Falle erkannte das Reichsversicherungsamt, daß die Vorschriften des § 69 Abs. 3 erfüllt seien.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Befehlgeber etwas anderes verlangt hatte, als die schematische Erfüllung einer Vorschrift, die bei einer solchen Auslegung jede Bedeutung verliert und den Wert einer Schutzbestimmung für den Verletzten einbüßt. Wir müssen um so mehr auf die loyale Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschrift dringen, weil es leider sehr viel Ärzte gibt, die in fortgesetztem Umgang mit Unfallverletzten zu einer Einseitigkeit der Auffassung neigen und in ihrem Mißtrauen gegen die Verletzten sehr oft eine ungerechte Würdigung der Beschwerden zum Ausdruck bringen.

Der Verletzte kann sich in der Regel an einen anderen Arzt, zu dem er Vertrauen hat, nicht wenden, weil die Herren Ärzte in der Regel die Abgabe von Gutachten an Privatpersonen verweigern. Wir haben die Erfahrung, daß, wenn wir die Verletzten zu einem der Ärzte schicken, die sich bereit erklärt haben, auf unsere Empfehlung eine Nachuntersuchung vorzunehmen, der Verletzte sich mit dem Urteil, selbst wenn es negativ ausfällt, eher zufrieden gibt. Wir kommen natürlich verhältnismäßig selten in die Lage, Gutachten einzufordern, da wir die Verletzten, die weite Reisen zurückzulegen haben, wegen der hohen Kosten nicht nach Berlin zur Nachuntersuchung kommen lassen können.

Für die Bemühungen, der sich die Herren Ärzte unterzogen haben, sagen wir ihnen hiermit an dieser Stelle unseren besten Dank.

Was in unseren Kräften stand, haben wir unternommen, um berechtigten Wünschen und Anforderungen invalider Arbeiter Anerkennung zu verschaffen, leider konnten wir nicht immer die Hoffnungen erfüllen, die an unsere Vertretungen gestellt wurden, denn die Entscheidung lag nicht in unseren Händen.

Das Central-Arbeitersekretariat.

Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats.

In der gegenwärtigen (zweiten), nur elf Monate umfassenden Berichtsperiode haben die Arbeiten des Sekretariats einen erheblich größeren Umfang angenommen, als der des ersten Tätigkeitsberichtes gewesen war. Die stärkere Inanspruchnahme des Sekretariates erklärt sich zunächst wohl daraus, daß seine Zweckmäßigkeit und der günstige Erfolg seines Wirkens in stets wachsendem Maße den Organisationen zum Bewußtsein kommen. War schon die Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen um 53 Proz. im Jahre 1906 eine sehr erfreuliche Erscheinung gewesen, so können die Gewerkschaften mit berechtigtem Stolz auf die auf dem Gebiete der Arbeiterinnenorganisation im Jahre 1906 geleistete Arbeit zurückblicken. In

34 Verbänden wuchs in diesem Jahre die Zahl der weiblichen Mitglieder von 74 411 auf 118 908, was einer Zunahme von fast 60 auf jedes Hundert von Mitgliedern gleichkommt (genau 59,8 Proz.).

Auch bei normalen Verhältnissen würden solche Resultate nur erzielt werden können durch ebenso eifrige wie ruhig umsichtige und intensive Bearbeitung der in Betracht kommenden Gebiete; um wieviel mehr mußte dies nun der Fall sein in einer Zeit, wo die Vorboten der hereinbrechenden wirtschaftlichen Krisis sich allerorten bereits bemerkbar machten, wo das Unternehmertum durch wüste Aussparungsmaßnahmen die um ihr kärglich Stückchen Brot schanzenden Arbeitermassen einschüchtert, damit sie der Organisation den Rücken kehren oder von vornherein nicht wagen, durch Eintritt in dieselbe eine Stärkung ihrer Position, eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen anzustreben. Besonders durch die heimtückisch gewalttätige Einrichtung der „Gelben“, dieser Karikatur von gewerkschaftlichen Organisationen, suchte ja das Unternehmertum die Arbeitererschaft in ihrer Kulturarbeit zu hemmen.

Angeichts dieser Tatsachen gilt es für die Gewerkschaften, alle bestehenden Einrichtungen zu benutzen zur Aufklärung der Massen, zur Stärkung der Ueberzeugungstreue und des Kampfesmutes der bereits gewonnenen Mitstreiter. So wurde denn auch das Arbeiterinnensekretariat in recht erfreulicher Weise von den Organisationen in Anspruch genommen. 28 Verbände, 4 Kartelle und 4 Gewerkschaftskommissionen wie auch 3 Arbeitersekretariate traten an das Arbeiterinnensekretariat heran oder wurden von diesem zu Aktionen angeregt.

In 127 Fällen erfolgte persönliche Inanspruchnahme, wobei es sich um Fragen der Agitation unter männlichen wie unter weiblichen Arbeitern handelte, ferner um Agitations- und Aufklärungsartikel für die Gewerkschaftspressen, um Flugblätter, um Beschaffung von Rednerinnen für Versammlungen, Rechtsauskünfte in Fällen, wo die Betreffenden solche von einer Frau lieber erbitten mochten als von den männlichen Auskunftspersonen und schließlich um Uebersetzung ausländischer Korrespondenzen, Ausweispapiere usw. (aus fünf fremden Sprachen).

Die Zahl der postalischen Eingänge ohne die Drucksachen, also nur an Zuschriften, die bestimmte Anfragen oder Anliegen enthielten, belief sich auf 263 in den elf Monaten (gegenüber 221 in der anderthalbmal so langen ersten Berichtsperiode); dagegen hat die Zahl der vom Sekretariat geschriebenen Briefe und Karten sich infolge der vielen persönlichen Besuche erheblich verringert, es wurden nur 325 geschrieben, während in der vorigen Berichtszeit 649 Schreiben erforderlich gewesen waren.

An Versammlungen wurden weit über 300 vom Sekretariat teils angeregt, teils veranstaltet oder mit Referentinnen versorgt (die genaue Zahl steht noch nicht fest, da von einigen Touren die Berichte noch nicht eingegangen sind). Den größten Anteil an dieser Tätigkeit des Sekretariats hatte der Textilarbeiterverband, für den allein mehr als 100 Versammlungen mit Rednerinnen versorgt wurden; der Metallarbeiterverband erhielt deren 29; der Verband der Schneider und Wäscharbeiter 15; der Portefeuilerverband ebenfalls 15; die übrigen Verbände sind je mit weniger als 15 Versammlungen beteiligt. Für zwei Agitationstouren wurden auf Antrag des Sekretariats die Kosten von der Generalkommission bestritten, die eine fand im Nordwesten Deutschlands, die andere im Bezirk Posen statt.

Unfallrente.

Von den 1222 Straffachen, die im Jahre 1907 erledigt wurden, betrafen 1147 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze, 2 Fälle wurden davon vor dem Schiedsgericht erledigt, in einem Falle wurde die Gewährung eines Krankenwagens beantragt, im anderen die Kosten für ein Heilverfahren der Berufsgenossenschaft aufzuerlegen. Der erste Fall wurde zugunsten des Verletzten entschieden, letzterer zuungunsten.

In 16 Fällen war der Rekurs sowohl von der Berufsgenossenschaft wie vom Verletzten eingelegt, so daß die Zahl der Rekurse 1161 betrug.

Die Streitsachen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes betrafen:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten		Vertretung abgelehnt	Rekurs zurückgenommen	
		zugunsten	zuungunsten		Berufsgenossensch.	Verletzte
Anerkennung eines Vertriebsunfalls	111	51	35	21	1	3
Höhe der ersten Rentensfestsetzung	252	120	65	61	1	5
Herabsetzung der Rente	573	213	229	121	2	8
Strittig ob Krankheit Unfallfolge	49	17	20	11	—	1
Antrag auf höhere Rente wegen Verschlimmerung des Leidens	55	14	19	19	—	3
Hilfslosenrente	3	2	1	—	—	—
Hinterbliebenenrente	75	25	31	18	—	1
Azendentenrente	12	4	4	3	—	1
Unzulässiger Bescheid	2	2	—	—	—	—
Unzulässiger Rekurs	1	—	—	1	—	—
Verjährung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung i. den vorigen Stand	16	4	4	7	—	1
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes strittig	12	11	1	—	—	—
Summa:	1161	463	409	262	4	23

Invalidenrentenstreitsachen.

Von den im Jahre 1907 erledigten 74 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 16 wegen vollständiger Ausichtslosigkeit zurückgewiesen und 3 mit Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden. Von den 55 vertretenen Revisionen wurden 24 Revisionen der Versicherten und 6 Revisionen der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision der Versicherten in 14 Fällen, der Landesversicherungsanstalten in 11 Fällen. Außerdem wurde eine Streitsache, die sich gegen den Saarbrücker Knappschaftsverein richtete, vor dem Oberverwaltungsgericht vertreten, die jedoch zuungunsten des Versicherten entschieden wurde.

Da in Invalidensachen das Reichsversicherungsamt Revisionsinstanz ist, so wird selten der Rentenanspruch anerkannt, vielmehr in der Regel die Sache zur erneuten Verhandlung an das Schiedsgericht verwiesen. Der Versicherte ist dann aber in der Lage, auf neue Beweismaterial für seinen Anspruch herbeizuschaffen.

Der aus unserer Tätigkeit sich bildende Verkehr mit den Behörden hat sich ohne Störungen in befriedigender Weise vollzogen. Dagegen werden von einigen Sekretariaten in der Provinz lebhaft Klagen geführt, daß ihnen besonders bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und den Gewerbe gerichten Schwierigkeiten bereitet werden. So lehnen fast alle Schiedsgerichte für die Knappschaftsberufsgenossenschaften die Vertretung seitens der Arbeitersekretariate in mündlicher Verhandlung ab. Da es sich gerade in diesem Beruf vielfach um ausländische Arbeiter handelt, die mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vertraut sind, und auch den hiesigen Arbeitern die Verhandlung manche Schwierigkeit bietet, so sind die invaliden Arbeiter in der Regel in eine sehr ungünstige Position gestellt, zumal die Berufsgenossenschaft ihre ständige Vertretung vor den Schiedsgerichten aufrecht erhält.

Vielfach wird mit Recht Klage über einseitige ärztliche Begutachtung geführt. Nachdem die Rentempfänger von den angestellten Ärzten der Knappschaftsberufsgenossenschaft und der Knappschaftskasse begutachtet sind, holt schließlich auch das Schiedsgericht das Gutachten von einem angestellten Professor der Berufsgenossenschaft ein, so daß der Verletzte aus dem Bannkreis der angestellten Ärzte der Knappschaftsverwaltungen nicht herauskommt. Eine Beschwerde, die das Central-Arbeitersekretariat gegen diese einseitige Beurteilung und Heranziehung der Gutachter an den preussischen Minister richtete, hatte keinen Erfolg. Wir beriefen uns auf einen Erlaß des preussischen Ministers, der besagt, daß vom Schiedsgericht angestellte Ärzte der Berufsgenossenschaften nicht zu Vertrauensärzten der Schiedsgerichte gewählt werden dürfen. Der ablehnende Bescheid des Ministers stellt sich auf den formalen Standpunkt, daß der angestellte Professor der Berufsgenossenschaft nicht zum Vertrauensarzt des Schiedsgerichts gewählt ist, mithin ein Verstoß gegen den Erlaß des Ministers nicht vorliegt. Das ist allerdings richtig, das Schiedsgericht nimmt aber so oft Anlaß, den Arzt der Knappschaftsberufsgenossenschaft als Gutachter heranzuziehen, daß seine Stellung ganz der eines Vertrauensarztes gleich kommt.

Der Reichstag hat in der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz in § 69 eine Bestimmung hineingebracht, die eine Gewähr bieten sollte, daß der Verletzte nicht nur von Ärzten untersucht wird, die zu der interessierten Berufsgenossenschaft im Vertragsverhältnis stehen. Es sollte jeder Eindruck vermieden werden, daß der Arzt direkt oder indirekt beeinflusst ist. Diese Bestimmung lautet:

„Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.“

Diese Bestimmung muß sinngemäß auch für das Schiedsgerichtsverfahren Anwendung finden. Allerdings hat auch das Reichsversicherungsamt dieser Bestimmung eine Auslegung gegeben, die den Berufsgenossenschaften die Umgehung der Bestimmung sehr erleichtert. So ist entschieden, daß nur der Arzt im Vertragsverhältnis steht, der fest gegen ein bestimmtes Gehalt engagiert ist; nicht aber die Ärzte, die mit der Genossenschaft vereinbart haben, daß für jedes Gutachten ein bestimmtes Honorar bezahlt werden muß. Weiter ist das Reichsversicherungsamt dazu gekommen, der behandelnde

statutenwidrige Geschäfte der Direktion Verluste erlitten hatte, infolge der Nachwirkung eines Depositionsruns (eines Ansturmes der Einleger) in Liquidation getreten. . . . Wir halten es für richtig, unseren Aktienbesitz schon zu Lasten des alten Jahres auf eine (11) Mark abzuschreiben." Die Hamburger Filiale ist durch unredliche Manipulationen mit beliebigen Waren seitens der Darlehnsnehmer geschädigt worden. Die Nationalbank hat an der pleitegegangenen Hamburger Firma Saller, Söhle u. Co. Geld verloren. Vergleichsweise sehr umsichtig scheint dagegen die Deutsche Bank operiert zu haben, obwohl sie natürlich die niedrigen Effektkurse und das stöckende Börsengeschäft ebenfalls beklagt und fühlt.

Alles in allem jedoch können unsere Riesebanken auch auf das Jahr 1907 befriedigt zurückblicken, denn ausschließlich fetteste Jahre wie 1906 können sie vernünftigerweise nicht erwartet haben. Die Deutsche Bank hat allerdings, wie in den drei letzten Vorjahren, abermals eine Dividende von 12 Proz. in Vorschlag gebracht (auf 200 Millionen Mark Aktienkapital). Die Dividende der Dresdener Bank bleibt zwar um 1½ Proz. hinter dem Vorjahr zurück, beträgt aber immer noch 7 Proz. auf 180 Millionen Mark Aktienkapital. Ähnlich ist Schaaffhausen zwar um 1½ Proz. zurückgegangen, doch bleiben gleichfalls 7 Proz. Dividende auf heute 145 Millionen Mark Kapital (1906 125 Millionen Mark). Die Nationalbank schlägt 6 Proz. vor auf 80 Millionen Mark Kapital, die Diskontogesellschaft 9 Proz. auf 170 Millionen Mark Kommanditkapital.

Die Reichsbank, der wir uns zuletzt zuwenden, hat als Kreditgeberin die Vorteile des hohen Zinsfußes genossen, während sie auf der anderen Seite, nach ihrer ganzen Verfassung als Notenbank, verlustbringenden und gewagten Geschäften fernbleiben muß. Ihre Bilanz schießt daher den Vogel ab, sie ragt über alles Vorangegangene hinaus. 1905 verteilte sie an die Aktionäre (seit Anfang 1906 Aktienkapital 180 Millionen Mark) 6,15 Prozent, 1906 8,22 Proz., 1907 dagegen volle 9,89 Prozent Dividende. Dazu erhielt das Reich folgende Gewinnsummen (gleich ¼ des über 3½ Proz. Aktiendividende hinausgehenden Reingewinnes): 1905 14,33 Millionen Mark, 1906 25,47 Millionen Mark, 1907 34,51 Millionen Mark. Der gesamte Reingewinn stieg also in den letzten drei Jahren von 25,41 Millionen Mark auf 40,28 und schließlich sogar auf über 52,31 Millionen Mark. Dazu kommt, daß die steuerfreie Notengrenze, bei der ständigen abnormen Inanspruchnahme der Reichsbank, 25mal (selbst im angespannten Vorjahre 1906 nur 17mal) überschritten wurde, so daß weiter dem Reiche als Notensteuer 5,60 Millionen Mark (1906 3,69 Millionen Mark) zufließen. Trotz aller erstrebten Krediteinschränkungen war der Gesamtumsatz der höchste je verzeichnete: 299 Millionen Mark gegen 279,22 Millionen Mark in 1906, 251,27 Millionen Mark in 1905, 221,59 Millionen Mark in 1904, 205,29 Millionen Mark in 1903 und durchschnittlich nur etwa 190 Millionen Mark in den drei stillen Jahren 1900 bis 1902. Ganz ungerupft ist jedoch selbst die Reichsbank mit ihrem soliden Wechsel- und Lombardgeschäft nicht geblieben. Für zweifelhafte Forderungen sind diesmal fast 2,71 Millionen Mark reserviert, gegen nur 590 500 Mark in 1906. Außerdem ist der Geist Grünenthal noch immer nicht zur Ruhe gekommen; es sind im Berichtsjahre weitere 344 000 Mark, für nachträglich entdeckte Banknotenfälschungen vom Gewinne abgesetzt worden, so daß hierfür der Gesamtverlust bereits etwas über 1,6 Millionen Mark

beträgt, ohne daß man, wie es scheint, endgültig von einem Abschluß dieser Affäre reden kann.

Uebrigens hat nunmehr die Erleichterung des Geld- und Leihkapitalmarktes weitere Fortschritte gemacht, die wohl kaum sobald verschwinden werden, falls nicht politische Zwischenfälle eine Rolle spielen. Die Bank von England hat am 5. März ihren Diskont von 4 auf 3½ Proz. herabgesetzt. Die Reichsbank ging am 7. März von 6 Proz., die seit dem 25. Januar bestanden, auf 5½ Proz. herab. Dabei sprach aber der neue Präsident Habenstein vor dem Zentralausschuß nochmals die nicht mißzuerstehende Warnung aus: man möge sich Zurückhaltung in neuen Geschäften auferlegen, da der Stand der deutschen Zentralnotenbank sich zwar bessere, aber immer noch eine starke Anspannung verrate.

Die seltsamsten Wellenschläge zeigt nach wie vor der Getreidemarkt. Während wir vor vierzehn Tagen einen ganz beträchtlichen Preisabfall konstatieren konnten, setzte gleich darauf die Preistreiberei von neuem ein, um in den allerletzten Tagen wieder in einem freilich schwachen Umschlag nach unten zu enden. Wir hatten Weizen am 22. Februar mit 203 bis 204 Mark pro Tonne verlassen, in den ersten Märztagen ging er bis über 214 Mark hinauf, am 7. März notierte er 211 bis 212 Mark. Weizenroggen verließen wir mit etwa 196 Mark, er stieg bis Anfang März über 206 Mark; und notiert jetzt wieder etwas über 202 Mark. Dabei verlieren sich die Urteile über die tatsächliche Welt-ernte, über die Lieferfähigkeit Argentiniens und ähnlicher Kornkammern noch immer ins Ungewisse, so daß vergängliche Stimmungen und künstliche Wachschaften eine größere Rolle wie je spielen können.

Berlin, den 8. März 1908.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der am 12. Mai in Leipzig zusammen tretende Verbandstag des Verbandes der Gastwirtsgehilfen wird sich u. a. mit folgenden Fragen beschäftigen: Stellenvermittlung, Arbeiterschutz für das Hilfspersonal; die Trinkgelderfrage und die Unfallversicherung.

Der siebente Verbandstag des Holzarbeiterverbandes ist vom Vorstande auf den 24. Mai nach Stettin einberufen. — Infolge des Todes des Genossen Ploß, sind bis auf weiteres alle Sendungen für den Vorstand des Holzarbeiterverbandes an Theodor Leipart, Stuttgart, Adlerstraße 43, zu richten.

Die Abrechnung des Senefelderbundes für das dritte Quartal 1907 liegt nunmehr vor. Demnach betrug die Mitgliederzahl bei der am 30. September erfolgten Auflösung des Bundes 16 302. Der Vermögensbestand der allgemeinen Unterstützungskasse betrug 109 326,34 M. Die Invaliden- und Witwenkasse hatte einen Vermögensbestand von 383 039,01 M. Invaliden waren am 30. Oktober 217, Witwen 209 vorhanden. Aus dem in Liquidation befindlichen Vermögen werden nur diese unterstützt; wenn das Vermögen aufgebraucht ist, übernimmt der neugegründete Verband der Lithographen und Steindrucker die weitere Auszahlung der Unterstützung an die dann noch verbleibenden Witwen und Invaliden.

Die Organisation der Hausangestellten erhielt durch das Arbeiterinnensekretariat Rednerinnen für 5 Versammlungen, allein wurde dasselbe durch oder für diese Organisation im ganzen 22mal durch Zuschriften und mehrfach persönlich in Anspruch genommen.

Daß die Bedeutung des Arbeiterinnensekretariats für die Arbeiterklasse immer mehr und mehr erkannt wird, dürfte auch dadurch eine Bestätigung finden, daß man sich aus bürgerlichen Kreisen, sowohl von Seiten der Sozialwissenschaftler als auch der verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen, an uns wendet, wenn man Auskünfte über die wirkliche Lage der Arbeiterinnen oder Hinweise zur beabsichtigten Förderung von deren Interessen benötigt.

Auch mit ausländischen Gewerkschaftskommissionen trat das Sekretariat einigemal in Verbindung, namentlich seit dem Stuttgarter Kongreß, wo es vertreten war und somit Gelegenheit hatte, persönliche Fühlung mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Länder zu finden.

Von sehr gutem Erfolge ist die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats in den von ihm unter gelegentlicher Mitwirkung des Arbeiterinnenkomitees geleiteten Lehungsabenden gewesen, indem von den hier vorgebildeten Genossinnen vier für geeignet befunden wurden, an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen der Generalkommission teilzunehmen. Zwei dieser Genossinnen sind mit je über 100 Versammlungen an der oben angegebenen Agitationsarbeit beteiligt und auch als rege Mitarbeiterinnen der Gewerkschaftspresse tätig, eine ist bereits von ihrem Verbandsverband als Beamtin angestellt worden. Gerade auf diesem Gebiete dürfte das Sekretariat der Arbeiterbewegung in Zukunft noch treffliche Dienste leisten.

Eine Anregung des Sekretariats bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Vortragszyklen für die weiblichen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen stattfinden zu lassen, fand dankenswerter Entgegenkommen und scheint auch einem Bedürfnisse zu entsprechen, da der erste dieser Vorträge von über 400, der zweite von 560 Arbeiterinnen besucht war.

Mit wachsender Erfahrung, mit zunehmendem Ausbau seiner Mittel und Arbeitsmethoden, wird das Sekretariat hoffentlich immer mehr in der Lage sein, die Arbeiterbewegung zu fördern; neue Kämpfer und Kämpferinnen heranzuziehen und die alten im Befreiungskampfe der Arbeit zu stählen und zu stärken.

I. da Altman.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresberichte der Großbanken: Hohe Verzinsung, Verluste an Wertpapieren und Beteiligungen, die Dividendenergebnisse — Das Reichsbankjahr — Diskontherabsetzung — Schwankungen der Getreidepreise.

Die Jahresberichte unserer Großbanken erscheinen einer nach dem anderen, und bei der enormen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Institute gebietet sich ein Eingehen auf einige hervorstechende Grundtatsachen ganz von selber.

Alle Banken konnten von der letztjährigen Erhöhung des Zinsfußes außergewöhnlich profitieren. Wenn der durchschnittliche Reichsbankdiskont 1907 (für Wechsel) auf 6,033 Proz. stand, dagegen 1906 nur auf 5,15 Proz., 1905 sogar nur

auf 3,82 Proz., so läßt sich denken, um wievieler rentabler die Banken ihre Gelder im Wechsel- und Kontoforrentgeschäft verwenden konnten. „Unser Ertragnis auf Zinsen- und Wechselkonto stieg unter diesen Verhältnissen auf 19 505 544 Mk. gegen vorjährige 16 912 433 Mk., um nicht weniger als 2 593 101 Mk., was . . . eine ansehnliche Steigerung des prozentualen Zinsnuzens bedeutet“, schreibt die Dresdener Bank. Ähnlich der ihr verbündete Schaaffhausensche Bankverein: „Das Zinskonto ergibt einen Uberschuß der vereinnahmten über die gezahlten Zinsen in Höhe von 8 282 708,75 Mark gegen 6 903 287,84 Mk. im Vorjahre; die während des größten Teiles des Berichtsjahres herrschenden teuren Zinsverhältnisse haben die Einnahmen auf Zinskonto günstig beeinflusst.“ „Die hohen Zinsätze haben uns Mehrgewinne gebracht“, urteilt die Nationalbank mit Herrn Witting. „Der höhere Zinsatz brachte uns (auf Darlehen und Effektenreports) eine Gewinnvermehrung von über 4 Millionen Mark.“ Lesen wir bei der Deutschen Bank. Und wiederum bei der Berliner Diskontogesellschaft: „Die hohen Gelbleihätze haben im Kontoforrent- und im Wechselgeschäft erhöhten Gewinn gebracht, der Ausfälle in anderen Geschäftszweigen decken konnte.“

Natürlich darf man dabei nicht übersehen, daß den anschwellenden Bruttoerträgen vielfach auch wesentlich höhere Ausgaben für die Verzinsung der anvertrauten und herangezogenen fremden Gelder gegenüberstanden. Besonders seit dem amerikanischen Zusammenbruch zog das Ausland viele seiner Guthaben zurück; ebenso reduzierte und verbrauchte unter der wachsenden Leihkapitalsnot die inländische Industrie mehr und mehr ihre eigenen Guthaben, so daß die Ersatzschaffung nicht leicht fiel und oft ganz unterblieb. Die Dresdener Bank hebt ausdrücklich hervor, es habe ihr zuletzt nicht mehr „konveniert, fremde Gelder zu Zinsätzen zur Verzinsung zu übernehmen, welche eine Verwendung im Wechsel- und Reportgeschäft mit angemessenem Nutzen nicht zuließen; infolgedessen waren am Jahreschlusse unsere Anlagen auf Reportkonto und Wechselkonto entsprechend niedriger als im Durchschnitt des Berichtsjahres.“

Doch vermag das das vorteilhafte Bild nicht allzusehr zu ändern. Die dunklen Schatten fallen vielmehr von einer ganz anderen Seite herein: die Produktionsstocung und die Börsenkrisis hat die Banken auf ungeheuren Beträgen von übernommenen Anleihen, Aktien, Pfandbriefen und sonstigen Effekten sitzen lassen, hat diese älteren und jüngeren Besitzstände gewaltig entwertet und hat auch sonst noch manche bittere und kostspielige Erfahrung bereitet. So ist der Schaaffhausensche Bankverein glücklich dahin gelangt, daß er zwar an seinem Besitz von 800 000 Mk. Aktien der Internationalen Vohrgesellschaft nicht weniger wie 4 Millionen Mark verdient hat, im ganzen jedoch an Gewinn aus Effekten- und Konfortial- (Beteiligungs-) Geschäften nur 1,6 Millionen aufweist, an der Mehrzahl seiner hierhergehörigen Geschäfte also Verluste empfindlicher Art erlitten hat. Die Dresdener Bank teilt mit betrübter Miene mit, daß sie, um das reguläre Bankgeschäft zwischen Canada, Nordamerika und Europa zu pflegen, mit J. B. Morgan und anderen Freunden sich an der Erhöhung des Kapitals der Sovereign Bank von Canada beteiligt habe, mit Aktien „für uns in Höhe von nominell 350 000 Dollar (fast 1½ Millionen Mark). . . Die Bank ist zu Beginn des neuen Jahres, nachdem sie durch